

Der Kampf gegen die Korruption: Nikaragua nach dem ersten Regierungsjahr von Enrique Bolaños

Krennerich, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krennerich, M. (2003). *Der Kampf gegen die Korruption: Nikaragua nach dem ersten Regierungsjahr von Enrique Bolaños*. (Brennpunkt Lateinamerika, 1). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444552>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 1

15. Januar 2003

ISSN 1437-6148

Der Kampf gegen die Korruption

Nikaragua nach dem ersten Regierungsjahr von Enrique Bolaños

Michael Krennerich

Vor einem Jahr übernahm Enrique Bolaños als Wahlsieger der Regierungspartei Partido Liberal Constitucionalista (PLC) das Präsidentenamt in Nicaragua. In den Mittelpunkt der Regierungspolitik stellte er den Kampf gegen die Korruption, der sich vornehmlich gegen seinen Vorgänger Arnoldo Alemán (1997-2002), ebenfalls PLC, richtete. Dessen Amtszeit war von korrupten Machenschaften, großer Inkompetenz und notorischer Vettern- und Klüngelwirtschaft geprägt. Trotz heftigen Widerstands musste Alemán, der nach seiner Präsidentschaft eine Hausmacht im Parlament aufgebaut hatte, das einflussreiche Amt des Parlamentspräsidenten aufgeben, wurde er seiner parlamentarischen Immunität enthoben und schließlich wegen Unterschlagung und Geldwäsche verurteilt. Die Strafverfolgung eines ehemaligen Staatspräsidenten wegen Korruption ist ein Novum in der Geschichte Nikaraguas; sie forderte jedoch einen hohen politischen Preis. Der erbitterte Machtkampf zwischen „bolañistas“ und „alemanistas“ legte zeitweise das Parlament lahm und führte das Land – einmal mehr – an den Rand der Regierungsunfähigkeit.

Als Enrique Bolaños im Januar 2002 die Präsidentschaft in Nicaragua antrat, erwarteten Landeskenner und Kommentatoren nicht allzu viel von dem neuen Staats- und Regierungschef. Er stand im Verdacht, nur eine Marionette Alemáns zu sein, des *hombre fuerte* im Lande. Und so nahm die Presse auch seine Antrittsrede nicht sonderlich ernst, in der er ankündigte, die Korruption, den Amtsmissbrauch und die *Caudillo*-Kultur in Nicaragua zu beenden. Seine politische Macht schien gar zu begrenzt, um mit der unrühmlichen politischen Vergangenheit Nikaragu-

as zu brechen: Bolaños galt als politisches Leichtgewicht im Schatten von *Gordoman*, wie der füllige Alemán in Nicaragua genannt wird. Doch der neue Staatspräsident wurde unterschätzt: Bolaños trat den Machtkampf gegen Alemán an und verschrieb sich, getragen von dem Rückhalt in der Bevölkerung und unterstützt von den USA, ganz dem Kampf gegen die Korruption.

Rückblick: der Wahlsieg von Enrique Bolaños

Am 4. November 2001 verlor Daniel Ortega Saavedra, der ehemalige sandinistische Staatspräsident (1985-1990) zum dritten Mal in Folge eine Präsidentschaftswahl. Nach Violeta Barrios de Chamorro (1990) und Arnoldo Alemán Lacayo (1996) hatte Enrique Bolaños Geyer von den regierenden, rechtsgerichteten Liberalen das Rennen gegen den einstigen sandinistischen Revolutionsführer gemacht. Der Unternehmer vereinte rund 56% der Stimmen auf sich, immerhin 14% mehr als Daniel Ortega.

Die Kommentatoren stimmten allerdings überein, dass der Wahlsieg der Liberalen weniger der Popularität Bolaños' zu verdanken war als dem schlechten Image Ortegas. Noch immer wird der Führer des *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) mit der sandinistischen Regierungszeit der 80er Jahre in Verbindung gebracht, als in Nicaragua – intern wie extern bedingt – Krieg und wirtschaftliche Not herrschten. Da halfen keine Eingeständnisse alter Fehler, keine gemäßigten Töne, keine wahltaktischen Läuterungen: Mit Ortega an der Spitze erwies sich der FSLN, auch in Allianz mit gemäßigten Gruppen, erneut als nicht mehrheitsfähig.

Das Gros der NicaraguanerInnen, die zur Wahl gingen, entschied sich für den profillosen Enrique Bolaños, der freilich tatkräftig von reichen Familien, der Kirche und der US-Botschaft unterstützt wurde. Dabei lastete auf dem Unternehmer, der sich mit 73 Jahren bereits im besten Pensionsalter befand, die Erblast der korrupten Alemán-Regierung, der er als Vizepräsident angehört hatte. Zwar galt Bolaños weithin als redlich. Doch als Vizepräsident war er äußerst blass geblieben und hatte – auch als Vorsitzender des Anti-Korruptionskomitees – stillschweigend die Machenschaften des damaligen Staats- und Regierungschefs Alemán geduldet. Erst im Wahlkampf distanzierte sich Bolaños öffentlich von der Vetternwirtschaft seines Vorgängers. Die Hypothek der Alemán-Regierung lastete gleichwohl schwer auf dem rechtsliberalen Politiker.

Noch schwerer wog jedoch die revolutionäre Vergangenheit Ortegas – und dessen Gegner ließen keine Gelegenheit aus, die Nicaraguaner daran zu erinnern: Die katholische Kirche predigte von der Kanzel gegen die gottlosen Sandinisten, der US-Botschafter griff wider alle diplomatischen Gepflogenheiten aktiv in den Wahlkampf ein, und nach dem 11. September machten alte Fotos von Ortega die Runde, auf denen er händeschüttelnd mit Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi zu sehen war. Die seit Jahren nicht

ausgeräumten Vorwürfe, Ortega habe seine Stieftochter sexuell missbraucht, taten ein Übriges (vgl. Leonhard 2002: 204).

Nachdem auf „Anregung“ der USA zudem der ursprüngliche konservative Spitzenkandidat Noël Vidaurre einen Rückzieher gemacht hatte und die konservative Partei in den Umfragen in der Bedeutungslosigkeit versunken war, wählten die NicaraguanerInnen unter den Bedingungen eines faktischen Zweiparteienwettbewerbs schließlich das aus ihrer Sicht geringere Übel: den „tättrigen Greis“ anstatt des „abgehalfterten Machos“, wie *die tageszeitung* (28. März 2001) im Vorfeld der Wahlen despektierlich die beiden Konkurrenten Bolaños und Ortega bezeichnet hatte.

Das Machtkalkül des scheidenden Präsidenten

Obwohl der Wahlsieger Enrique Bolaños hieß, galt der scheidende Präsident Alemán noch immer als der starke Mann im Lande. Schon während seiner Amtszeit hatte der Populist Maßnahmen ergriffen, um an den Hebeln der Macht zu bleiben. Zwar war ihm im Jahre 2001 die unmittelbare Wiederwahl verfassungsmäßig verwehrt. Doch während seiner Regierungszeit hatte er mit den verfeindeten Sandinisten einen Pakt geschlossen, der ihm – wie auch dem FSLN-Führer Daniel Ortega – ein Abgeordnetenmandat und damit parlamentarische Immunität für die Zeit nach seiner Präsidentschaft sicherte. Per Wahlreform wurde zudem die Parteizulassung an für Kleinparteien unüberwindliche Bedingungen geknüpft, um das faktische Zweiparteiensystem zu zementieren und damit die starke Rolle des PLC und des FSLN zu erhalten. Zudem wurden der Rechnungshof, die Oberste Wahlbehörde und der Oberste Gerichtshof umstrukturiert und konsequent mit Liberalen und Sandinisten besetzt. Es war offensichtlich, dass es sich bei dem Pakt um verfassungs- und wahlrechtlich abgesicherte, interreligiöse Absprachen handelte, die einzig und allein der Verteilung von Machtpositionen und Pfründen dienten.

Angesichts des Machthungers Alemáns wunderte es nicht, dass der scheidende Staats- und Regierungschef gleich nach der Übergabe des Präsidentenstabes im Januar 2002 begann, im Parlament (*Asamblea Nacional*) eine neue Hausmacht aufzubauen. Gegen den Widerstand des neuen Präsidenten Bolaños, einiger einflussreicher Unternehmer und besorgter Bürgergruppen kandidierte er für das mächtige Amt des Parlamentspräsidenten und setzte sich bei der – von den Sandinisten boykottierten – Wahl gegen den ebenfalls liberalen Jaime Cuadra durch, den Wunschkandidaten von Bolaños (und ehemaligen

Mitstreiter Alemáns). Mit einer starken, weitgehend Alemán-getreuen PLC-Fraktion im Rücken – der PLC hatte 52 von insgesamt 92 Mandaten gewonnen –, versuchte Alemán, über die Kontrolle des Parlaments und seiner Partei die Zügel der Macht in der Hand zu halten und seine für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2006 anvisierte Kandidatur langfristig vorzubereiten. Von großem Vorteil war hierbei, dass Alemán zuvor seine halbe Familie ins Parlament gehievt hatte. Unter den PLC-Abgeordneten befanden sich Tochter, Brüder, Schwager, Onkel, Neffen und Vettern des ehemaligen Präsidenten.

Der Machtkampf: Bolaños versus Alemán

Allerdings fügte sich Enrique Bolaños nicht in die Rolle des Statthalters, die ihm Arnaldo Alemán zudedacht hatte, bis es ihm selbst wieder erlaubt sein würde, für das Präsidentenamt zu kandidieren. Legitimiert durch eine stattliche Wählermehrheit, entwand sich der neue Staats- und Regierungschef rasch dem Zugriff und der Kontrolle seines Vorgängers. Bei der Zusammensetzung des Regierungskabinetts missachtete Bolaños fast alle Empfehlungen der von Alemán kontrollierten Partei und umgab sich mit einer Schar einflussreicher Berater und Minister, die gemeinhin als integer galten. Ferner setzte er eine Kommission ein, welche die aufgeblähten Staatsgehälter, Diäten und Sonderzahlungen überprüfen sollte, und rief zum „Kreuzzug gegen die Korruption“ auf.

In der Bevölkerung und auch im Ausland fand die Antikorruptionskampagne großen Zuspruch, doch stieß sie auf erbitterten Widerstand in der eigenen Liberalen Partei, die tief in das Korruptionsgeflecht Alemáns verstrickt war. Auch die katholische Kirchenführung Nikaraguas sprach sich offen gegen die Kampagne aus, was allerdings insofern nicht wunderte, als Bolaños die überaus enge, auch finanzielle Verflechtung von Staat und Kirche der Alemán-Ära auflöste.

Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung des neuen Präsidenten gerieten die Machenschaften der Vorgängerregierung und das Familienvermögen des Alemán-Clans rasch in das Fadenkreuz von Rechnungsprüfern, Staatsanwälten und Richtern. Schon bald lagen hinreichend Beweise vor, um Alemán und zahlreiche seiner Helfershelfer strafrechtlich zu belangen. Anlässlich der Anklageerhebung gegen Alemán durch die Staatsanwaltschaft ging Bolaños am 7. August mit einer pathetischen Rede an die Nation zum Frontalangriff gegen seinen Vorgänger über. Hier ein Auszug aus der Rede:

„Arnoldo: Estoy triste, adolorido y desilusionado al ver las pruebas irrefutables y contundentes que señalan al ex presidente de la República, como autor y cómplice de haber cometido semejantes delitos con los pocos reales del sudor del pueblo. Nunca me imaginé que traicionarías a tu pueblo. Les quitaste parte de la pensión a los jubilados. Les quitaste medicinas a los enfermos. Les quitaste salarios a los maestros. ¡Defraudaste la confianza de nuestro pueblo! Por ello la Patria me exige hoy, hablar con franqueza, decir con toda claridad y honestidad que el país no podrá seguir avanzando hacia el progreso si seguimos siendo rehenes de la corrupción y la deshonestidad“.

Quelle: www.presidencia.gob.ni.

Allein, die parlamentarische Immunität verhinderte eine Strafverfolgung des ehemaligen Präsidenten. Die Aufhebung der Immunität entwickelte sich zur Machtprobe zwischen Bolaños und Alemán, die nicht nur die Partei und die Fraktion (völlig) spaltete, sondern aufgrund der Obstruktion der mehrheitlich Alemán-nahen PLC-Fraktion auch zeitweise das Parlament und die Parlamentsarbeit lahm legte. Von seinem Parlamentsvorsitz aus hintertrieb Alemán die Aufhebung der Immunität: Das Präsidium der *Asamblea Nacional* weigerte sich zunächst mehrfach, einen Ausschuss zur Untersuchung der Korruptionsvorwürfe einzusetzen, und als es schließlich doch dem öffentlichen Druck nachgab, wurde die Kommission mit bedingungslosen *alemanistas* besetzt. Für die Aufhebung der Immunität war daher der Austausch des Parlamentsvorsitzes von großer Bedeutung. Außerhalb der *Asamblea Nacional* konnte sich Bolaños dabei nach wie vor auf den mehrheitlichen Rückhalt in der Bevölkerung und auf den Beistand der internationalen Staatengemeinschaft, allen voran der USA, stützen. Innerhalb des Parlaments suchte er gemeinsam mit einigen liberalen Gefolgsleuten das Bündnis mit dem FSLN.

Am 19. September 2002 setzte eine „neue Parlamentsmehrheit“ aus 47 Abgeordneten – 38 Sandinisten und 9 *bolañistas* – das Präsidium der *Asamblea Nacional* ab, einschließlich des Parlamentspräsidenten Alemán. Zu seinem Nachfolger wurde der liberale Abgeordnete Jaime Cuadra gewählt. Bis zuletzt leisteten die *alemanistas* Widerstand: Sie boykottierten nicht nur die Parlamentssitzung, sondern verriegelten sogar das Parlamentsgebäude. Die absurde Aktion blieb freilich erfolglos. Tausende Menschen feierten die Absetzung Alemáns vom Amt des Parlamentspräsidenten. Wenige Tage später mobilisierte der Ex-Präsident seine Anhänger zu einem Protestmarsch gegen die Regierung.

Ohne den Parlamentsvorsitz gelang es den *alemanistas* nicht mehr, die Aufhebung der Immunität Alemáns abzuwenden. Unter dem Geschrei und den Drohungen von PLC-Abgeordneten entzog das Parlament schließlich in einer hitzigen Sitzung am 12. Dezember dem Ex-Präsidenten die Immunität. Damit war der Weg frei für ein Strafverfahren.

Die Verurteilung ließ nicht lange auf sich warten. Kurz vor Weihnachten sprachen zwei Richterinnen Alemán u.a. wegen Unterschlagung und Geldwäsche schuldig und verhängten eine Gefängnisstrafe gegen ihn. Das Strafmaß ist bisher nicht bekannt. In ein gewöhnliches Gefängnis muss Alemán zwar nicht, so weit wollen die Verantwortlichen bei der Behandlung eines ehemaligen Präsidenten denn doch nicht gehen. Er steht aber weiterhin unter Hausarrest und hat verschiedene Auflagen zu beachten.

Alemán bezeichnet sich nach wie vor als unschuldig und als Opfer eines „politischen Prozesses“ – und führt seine Immunität als Abgeordneter des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) gegen den Gerichtsentscheid ins Feld. Jedoch ist fraglich, ob ihn dieses „zweite Netz“ vor dem freien Fall zu bewahren vermag, selbst wenn die Rechtslage nicht eindeutig ist. Ungeachtet der in Nicaragua diskutierten Frage, ob die Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten im eigenen Lande automatisch auch den Immunitätsverlust im PARLACEN nach sich zieht, stellte die *Corte Centroamericana de Justicia* klar, dass das PARLACEN die Immunität eines Abgeordneten per Mehrheitsbeschluss oder über entsprechende von PARLACEN aufgestellte Verfahrensregeln selbst aufheben könne. Bislang bestehen solche Regeln freilich nicht – der Fall ist beispiellos.

Der unersättliche Gordoman

Die Verurteilung Alemáns bezieht sich auf zwei gut belegte Korruptionsfälle. Die Richterinnen sahen es als erwiesen an, dass Alemán einmal US\$ 1,5 Mio., ein anderes Mal US\$ 10 Mio. öffentliche Gelder abzweigte und auf private Konten umleitete. Gemeinsam mit seinen Helfershelfern soll der Ex-Präsident insgesamt knapp US\$ 100 Mio. unterschlagen haben, das entspricht immerhin rund 4% des nikaraguanischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 2001.

Im Laufe der Ermittlungen des Jahres 2002 wurde deutlich, dass Alemán und seine Komplizen ein weit gespanntes Korruptionsnetz errichtet und einen regelrechten Beutezug durch staatliche Unternehmen und Institutionen unternommen hatten. Involviert waren die Telefongesellschaft, das Elektrizitätswerk, das Wasserwerk, die Flug-

hafengesellschaft, Versicherungen, die Zementfabrik und das Finanzamt (vgl. Leonhard 2002). Gemeinsam mit Alemán wurden 13 weitere Personen angeklagt, darunter Familienangehörige und hochrangige Funktionäre der ehemaligen Regierung. Die meisten von ihnen befanden sich schon zum Zeitpunkt der Anklageerhebung im Ausland. Andere, wie der ehemalige Chef der Steuerbehörde, Byron Jerez, sitzen seit längerem in Haft.

Das Ausmaß der kriminellen Energie Alemáns überraschte selbst jene nationalen und internationalen Beobachter, die den autokratisch-populistischen Regierungsstil und die korrupten Machenschaften des ehemaligen Präsidenten seit Jahren kritisiert haben. Deutliche Indizien für die korrupten Praktiken Alemáns lagen indes schon lange vor, gehen zurück bis in seine Amtszeit als Bürgermeister von Managua (1990-1995). Bereits damals gab es Anzeichen, dass es Alemán mit der Trennung von öffentlichen und privaten Geldern nicht so genau nahm, zumal er sein Amt und den Stadtsäckel weidlich nutzte, um seine Präsidentschaftsambitionen zu unterstreichen. Bei keiner noch so kleinen Straßenausbesserung in Managua fehlte der Hinweis, wem die Segnung dieser Wohltat zu verdanken war. Umso befremdlicher las sich schon damals – und liest sich erst recht heute – die Einschätzung von Martin Gerster in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 3. März 1994: „Alemán gilt als ein guter Manager und überzeugter Marktwirtschaftler, an dessen demokratischer Gesinnung nicht zu zweifeln ist, obwohl er mitunter etwas »unkontrolliert« redet“.

Bevor Alemán im Jahre 1990 Bürgermeister der Hauptstadt wurde, soll der gebürtige Managuaner (Jahrgang 1946) und gelernte Jurist gerade einmal eine kleine Kaffeefinca und einen Lieferwagen besessen haben, auf dem er mit seinem Bruder Eier und Kohle verkauft habe, wie Spötter behaupten. In seiner Amtszeit als Bürgermeister wuchs sein Privatvermögen von offiziell erklärten US\$ 26.000 auf über US\$ 1 Mio. an. 1998 beschäftigte sich der Rechnungshof erstmals mit dem erstaunlichen Zuwachs des Vermögens Alemáns. Doch dieser löste das Problem auf seine Weise: Er ließ den gegen ihn ermittelnden obersten Rechnungsprüfer, Agustín Jarquín, absetzen und verhaften – was auch im Ausland auf massive Kritik stieß und internationale Geber zu verprellen drohte. (Der Christdemokrat Jarquín trat übrigens bei den Wahlen von 2001 als Vizepräsidentschaftskandidat von Daniel Ortega an).

Während der Amtszeit Alemáns als Staatspräsident nahmen die korrupten Praktiken schließlich Ausmaße an, die selbst für nikaraguanische

Verhältnisse alarmierend waren. In den Medien kursieren Schätzungen, dass sich Alemáns Privatvermögen inzwischen auf bis zu US\$ 250 Mio. belaufe, ohne jene Reichtümer einzurechnen, die seine Familienangehörigen und Vertrauten angehäuften haben. Selbst wenn die Schätzungen übertrieben sein sollten – was in der Gerüchteküche Nikaraguas eher wahrscheinlich ist – gehört Alemán zweifelsohne zu den reichsten Männern Nikaraguas, wenn nicht gar der Region, mit – zum Teil inzwischen eingefrorenen – Konten in den USA, Panama und der Karibik. *Gordoman* und seine Frau gaben bei Reisen um die Welt in Nobelhotels, exquisiten Boutiquen und teuren Juwelierläden aberwitzige Reichtümer aus.

Korruption: ein Grundübel Nikaraguas

Angesichts der bitteren Armut in Nicaragua, das mit Haiti und Honduras zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas zählt, ist das luxuriöse Leben des Arnaldo Alemán auf Staatskosten zweifelsohne skandalös. Ob es sich jedoch tatsächlich um den größten Korruptionsskandal in der Geschichte Nikaraguas handelt, wie die mexikanische Zeitschrift *Proceso* (15. Dezember 2002) schrieb, sei dahin gestellt. Die Korruption ist ein Grundübel der politischen Kultur des Landes, die schon in der Vergangenheit erschreckende Auswüchse zeitigte.

Besonders dreist trieben es die Somozas, die das Land mehr als 40 Jahre in ihren Fängen hielten. Von 1936 bis zur Revolution von 1979 wurde Nicaragua von den Diktatoren quasi wie ein somozistisches Familienunternehmen regiert und schamlos ausgebeutet. Bereits die Bereicherungspraktiken des 1956 ermordeten Diktators Anastasio Somoza Debayle (*Tacho*) waren legendär. Hemmungslos missbrauchte dieser seine politische Macht zum eigenen wirtschaftlichen Nutzen, stieg binnen kurzer Zeit zum größten Landbesitzer Nikaraguas und zum Kaffee- und Viehbaron auf. Als *Tacho* starb, hinterließ der Diktator, der selbst aus bescheidenen Verhältnissen stammte, seinen beiden Söhnen, Luis und Anastasio Somoza Debayle, ein Vermögen, das auf einen Wert zwischen US\$ 60 Mio. und US\$ 150 Mio. geschätzt wurde.

Tachos Erben vervielfachten das Vermögen. Sie weiteten in den folgenden Jahrzehnten das Familienimperium mit legalen und illegalen Mitteln auf alle Wirtschaftszweige aus, so dass der Somoza-Clan schließlich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich allgegenwärtig war – was selbst der alteingesessenen konservativen Oligarchie irgendwann zu bunt wurde, die mit Somoza zeitweise paktiert hatte. Besonders skrupellos war Anastasio Somoza Debayle (*Tachito*),

der nach dem Tod seines vergleichsweise moderaten, älteren Bruders Luis (1967) allein die Fäden der politischen Macht in der Hand hielt. Ihn ereilte der wenig schmeichelhafte Ruf, einer der raffgerigsten Diktatoren der Welt gewesen zu sein. Mitte der 70er Jahre soll das Familienvermögen der Somozas US\$ 2 Mrd. betragen haben, umfasste riesige Ländereien und unzählige Firmen. Anastasio Somoza Debayle scheute sogar nicht davor zurück, nach dem verheerenden Erdbeben von 1972 im großen Stil Hilfsgelder zu veruntreuen und aus der Not der Nikaraguaner skrupellos Geschäfte zu machen, bis hin zum Weiterverkauf gespendeter Lebensmittel, Kleider und selbst Blutkonserven. Kurzum, in den 70er Jahren versank Nicaragua völlig in kriminellen Machenschaften und Korruption.

Die Revolution von 1979 setzte der Somoza-Diktatur ein abruptes Ende und ging in die Herrschaft der Sandinisten (1979-1990) über, die eine sozialrevolutionäre Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einleiteten. Ungeachtet dessen, wie die stark umstrittene sandinistische Regierungszeit bewertet wird, ist festzuhalten: Ausgemerzt wurde die Korruption auch unter den Sandinisten nicht. Auch die Revolutionäre waren vor Machtmissbrauch nicht gefeit. Sandinistischen Kadern und Funktionären boten sich im Rahmen einer „gemischten Wirtschaft“ politisch bedingt ökonomische Vorteile. Und Kritiker betonen, dass selbst unter den Bedingungen von Krieg und bitterer Wirtschaftsnot die sandinistische Führung nicht schlecht lebte. Auf heftige Kritik im Inland und Ausland stieß aber – im Hinblick auf die Korruption – vor allem die sogenannte *piñata*: die Bereicherung der Sandinisten in der zweimonatigen Phase zwischen der Wahlniederlage und der Machtübergabe an eine bürgerliche Regierung (1990). Über die großzügige Vergabe provisorischer Besitz- und Landtitel versuchte damals die sandinistische Führung, die formalrechtlich unzulänglich abgesicherten Umverteilungen der sandinistischen Regierungszeit festzuschreiben und auszudehnen – und griff dabei selbst tief in die Staatsschatulle.

Die *piñata* stieß national wie international auf heftige Kritik und nährte in den folgenden Jahren den Konflikt zwischen Sandinisten und Antisandinisten. Der neuen Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro (1990-1997), die als Kandidatin des heterogenen, antisandinistischen Parteienbündnisses *Unión Nacional Opositora* (UNO) gewählt worden war, gelang es nicht, die Bereicherung der Sandinisten rückgängig zu machen und die chaotischen Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Nicaragua vollständig zu regeln. Ihr Versöhnungskurs

gegenüber den noch immer mächtigen Sandinisten stieß vor allem in den eigenen Reihen auf erheblichen Widerstand dezidiert anti-sandinistischer Abgeordneter. Diese kritisierten scharf die *piñata*, die sandinistische Kontrolle von Militär und Polizei und die fallweise Zusammenarbeit der Regierung mit dem FSLN, die umso schwerer ins Gewicht fiel, als die Führer der UNO-Parteien an der vornehmlich mit Technokraten besetzten Regierung kaum beteiligt worden waren. Als Inbegriff des Bösen galt anti-sandinistischen Hardlinern in Nicaragua und den USA vor allem der zum Multimillionär aufgestiegene, erst 1995 abgelöste Armeechef Humberto Ortega, der Bruder des vormaligen Staatspräsidenten.

Obwohl *Doña Violeta* einen friedlichen Übergang ermöglichte und in schwierigen Zeiten die wichtige Rolle einer nationalen Integrationsfigur ausfüllte, galt die Regierung unter Führung ihres Präsidentschaftsministers (und Schwiegersonns) Antonio Lacayo innerhalb Nicaraguas bald schon als abgewirtschaftet und korrupt – und war heillos verstrickt in Konflikte mit dem Parlament. In puncto Vetternwirtschaft hinterließ der (letztlich erfolglose) Widerstand der Präsidentin gegen die mühsam im Parlament ausgehandelten Verfassungsreformen von 1995 einen schalen Nachgeschmack. Die Präsidentin sträubte sich vor allem gegen die sogenannte „Nepotismus-Klausel“, die nicht nur *Doña Violeta* die unmittelbare Wiederwahl verbot (die freilich nicht mehr antreten wollte), sondern auch ihren Verwandten. Davon betroffen war der ehrgeizige Antonio Lacayo.

Nach den Wahlen von 1996 trat der erklärte Antisandinist Alemán die Präsidentschaft an, der im Wahlkampf die *piñata* ein ums andere Male verurteilt hatte, um sich nun selbst im großen Stile zu bereichern – was den FSLN nicht davon abhielt, mit dem neuen starken Mann den bereits genannten Pakt zur Verteilung von Positionen und Pfründen abzuschließen.

Ganz im Unterschied zu dem genuss- und verschwendungssüchtigen Alemán lebt sein Nachfolger Bolaños betont enthaltsam und gilt als moralisch konservativ. Umso pikanter ist es, dass ihn der Schatten der Alemán-Regierung inzwischen eingeholt hat. Der Rechnungshof hat vor kurzem den Präsidenten und seinen Vize, José Rizo, angezeigt, veruntreute Gelder für ihren Wahlkampf des Jahres 2001 verwendet zu haben. Die Anzeige schließt neben etlichen Führern der Liberalen Partei auch Arnoldo Alemán ein, der für die Unterschlagung der Gelder verantwortlich war und diese nach Panama auf das Konto einer von ihm gegründeten *Fundación Democrática Nicaragüense* (FDN) zwecks Geldwäsche umlei-

ten ließ. Von dort sollen rund US\$ 4 Mio. in den Wahlkampf der Liberalen geflossen sein, was, abgesehen von der Unterschlagung, bereits insofern strafbar ist, als das das nikaraguanische Wahlgesetz die Finanzierung von Parteien aus dem Ausland verbietet. Bolaños und sein Stellvertreter werden nun verdächtigt, von der illegalen Wahlkampffinanzierung gewusst und die Gelder gegenüber der Obersten Wahlbehörde verschwiegen zu haben. Der Ausgang der Ermittlungen ist noch ungewiss, doch hat Bolaños angekündigt, gegebenenfalls auf seine parlamentarische Immunität zu verzichten.

Regierbarkeitsprobleme in Zeiten der Not

Noch größer als die juristischen Probleme stellen sich für Bolaños freilich die politischen Schwierigkeiten dar. So wichtig und begrüßenswert seine – wenn auch reichlich pathetisch geführte – Antikorruptionskampagne war, legte sie doch die Schaltzentralen der Politik im Jahre 2002 weitgehend lahm. Die Regierung musste nahezu ihre gesamte Energie für die Kampagne gegen die Korruption und den damit verbundenen Machtkampf zwischen Bolaños und Alemán aufwenden. Die Parlamentsarbeit lag über Monate hinweg fast völlig still. Der nikaraguanischen Wochenzeitung *Confidencial* (13.-19. Januar 2003) zufolge warten allein 140 Gesetze und Gesetzesreformen darauf, in diesem Jahr im Parlament behandelt zu werden. Umso schwerer wiegt, dass Bolaños nur über eine unsichere Mehrheit in der *Asamblea Nacional* verfügt. Er genießt lediglich den Rückhalt einiger weniger liberaler Gefolgsleute, die sich inzwischen Fraktion *Azul y Blanco* nennen („Blau und Weiß“, die Landesfarben Nicaraguas), und ist auf die Zusammenarbeit mit den Sandinisten angewiesen. Damit steht Bolaños vor einem ähnlichen Problem wie einst *Doña Violeta*, deren gesamte Amtszeit geprägt war von ständigen Konflikten mit der *Asamblea Nacional*. Nach einer schweren Parlamentskrise im Stile einer politischen Seifenoper, deren Protagonisten seinerzeit ultrakonservative Antisandinisten waren, hatte die damalige Präsidentin die Unterstützung eines großen Teils der UNO-Fraktion eingebüßt und war gezwungen gewesen, eine Art „Mitregierung“ der Sandinisten zu dulden. Auch Bolaños wird sich mühsam parlamentarische Mehrheiten suchen müssen und solange auf die Unterstützung des FSLN angewiesen sein, wie die Mehrheit der PLC-Abgeordneten weiterhin eine Oppositions- oder gar Obstruktionspolitik betreibt. Zweifel sind angebracht, ob der Präsident die Unterstützung der PLC-Abgeordneten zurückgewinnen und die Liberale Partei vereinen

kann. Die Neuwahl des Parlamentspräsidiums im Januar 2003 verhielt zumindest nichts Gutes: Außer zwei *Azul y Blanco*-Abgeordneten sind keine liberalen Politiker in dem siebenköpfigen Gremium vertreten, dem erneut Jaime Cuadra vorsitzt.

Immerhin genießt die Regierung Bolaños noch die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung. Eine Umfrage, die im Januar 2003 im Auftrag von *El Nuevo Diario* und *Canal 10* erhoben worden war, ergab, dass das Gros der Befragten die Regierung Bolaños positiv bewertet. Die Bevölkerungsmehrheit steht auch noch immer hinter der Antikorruptionskampagne des Präsidenten, selbst wenn das Thema die Menschen in Nicaragua inzwischen zu ermüden scheint. Jedoch wird die Regierung Bolaños künftig auf weiteren Handlungsfeldern Erfolge vorweisen müssen. Im Jahr 2002 gab es Proteste und Streiks im desolaten öffentlichen Gesundheitswesen, im Transportbereich, an den Universitäten, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Und aus der bereits genannten Umfrage geht hervor, dass die überwältigende Mehrheit der NicaraguanerInnen die aktuelle Situation im Lande als schlecht oder sehr schlecht bewertet. Als dringlichste nationale Probleme gelten die Arbeitslosigkeit und die Armut.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in Nicaragua weiter verbreitet als offizielle Angaben von knapp 25% nahelegen. Schätzungen von Landeskennern beziffern die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit auf Werte bis zu 60% und 65% (vgl. bfai 2002). Eng verbunden mit der Arbeitslosigkeit ist die Armut, die für viele NicaraguanerInnen bitterer Alltag ist. Die jüngste Umfrage des *Instituto Nicaragüense de Estadísticas y Censos* (INEC) ergab, dass rund 43% der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar am Tag leben müssen. Etwa 15% der NicaraguanerInnen – das heißt ungefähr eine halbe Million Menschen – haben laut der Erhebung nicht die Mittel, um ihren Mindestbedarf an Nahrungsmitteln zu decken und leiden an Hunger und Unterernährung. Besonders schlimm ist die Lage in jenen Regionen, die von der Kaffeekrise betroffen sind und/oder in denen inzwischen regelmäßig Dürre herrscht. Leidtragende sind nicht nur Bauern (deren Land aufgrund nicht-bezahlter Kredite mitunter gepfändet wird), sondern auch Landarbeiter und Tagelöhner, die seit mehreren Erntezyklen arbeitslos sind. In Ermangelung von Land und alternativen Einnahmequellen leben deren Familien in bitterer Armut und sind sogar vom Hungertod bedroht. Die Menschenrechtsorganisation *FIAN International*, die sich auch in Zentralamerika für das Recht auf Nahrung ein-

setzt, wies eindringlich darauf hin, wie prekär die Ernährungssituation in den Kaffeeanbaugebieten Nicaraguas ist. Sie empfahl der nikaraguanischen Regierung, u.a. ihre Soforthilfemaßnahmen zu verstärken und – gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft und der Zivilgesellschaft – eine Politik zu entwickeln und umzusetzen, die das Problem der Ernährungssicherheit strukturell angeht. Ohne das Thema hier vertiefen zu können, liegt es auf der Hand, dass es in einem Staat, in dem noch immer ein beachtlicher Teil der Bevölkerung auf und von dem Land lebt, von großer Bedeutung ist, wie die Agrarflächen verteilt sind und wie sie genutzt werden.

Alles in allem bleibt abzuwarten, ob die Regierung die selbstgesteckten Ziele, neben der Korruption gerade auch die Arbeitslosigkeit und die Armut zu bekämpfen, erfolgreich umsetzen kann. Die makroökonomischen Bedingungen hierfür haben sich 2002 nicht gerade verbessert: Das Wirtschaftswachstum ist weiter abgeflacht; erstmals seit 1993 weist Nicaragua – bei einem Gesamtwachstum von 0,5% des BIP – wieder ein negatives Pro-Kopf-Wachstum auf. Das Land leidet an chronischen Haushalts- und Handelsdefiziten, ist heillos verschuldet und spürt noch die Folgen des z.T. betrügerischen Bankenzusammenbruchs von 2001, bei dem sechs von elf Banken schließen mussten. Positiv zu vermerken ist allerdings, dass die Inflation vergleichsweise niedrig liegt (vorläufige Angabe für 2002: 4,2%) und dass Nicaragua, eine rigorose Haushaltssanierung und einen harten Sparkurs freilich vorausgesetzt, in den Genuss der Entschuldungsinitiative für hochverschuldete, arme Länder (*heavily indebted poor countries*, HIPC) und neuer internationaler Kredite kommt. Die Regierung ist zudem sehr bestrebt, ausländische Investitionen nach Nicaragua zu holen. Die großen Erwartungen, die an einen weiteren Ausbau der Freihandelszonen, an die Förderung des Tourismus und an die Umsetzung weiterer Privatisierungsvorhaben im Telekommunikations- und im Energiesektor geknüpft sind, muten jedoch teilweise blauäugig an – und werden kaum auf ihre sozialen Folgen hin problematisiert. Die Ankündigung der Regierung, Lizenzen an Privatfirmen für die (vermutlich ohnehin nicht rentable) Ölförderung vor der Atlantikküste zu vergeben, revitalisierte zudem unnötigerweise die Konflikte mit Honduras und Kolumbien über die Nutzung umstrittener Meeresgebiete.

Kurzum: Die Probleme sind groß, und es ist höchste Zeit, dass die Politiker in Nicaragua nicht mehr Teil der Probleme sind, sondern zu deren Lösung beitragen.

Weiterführende Literatur

Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) 2002: Zentralamerika. Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 2002, Köln.

Leonhard, Ralf 2002: Nicaragua: Konservativer Agrarunternehmer wird zum Hoffnungsträger, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte, Bd. 26, S. 201-210.

Krennerich, Michael 1995 (aktualisierte Auflage): Nicaragua, in: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd.3: Mittelamerika, Bonn, S. 208-242.

Niess, Frank 1989 (2. Auflage): Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas, Köln.

Walker, Thomas (Hg.) 1997: Nicaragua without Illusions. Regime Transition and Structural Adjustment in the 1990s, Wilmington, DE.

Autorennotiz: Dr. Michael Krennerich ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freiberuflicher Publizist, Gutachter, und Referent. Thematische Schwerpunkte: Wahlen und Demokratie im interregionalen Vergleich; Menschenrechte und Menschenrechtspolitik; politische Gewalt und Bürgerkriege; Entwicklungspolitik. Regionale Schwerpunkte: Lateinamerika, südliches Afrika, Europa.
E-Mail: Krennerich-Bendel@t-online.de; krennerich@textstelle.com.

Petra Bendel / Michael Krennerich (Hrsg.)

Soziale Ungerechtigkeit

Analysen zu Lateinamerika

Frankfurt am Main: Vervuert 2002, 275 S., € 28,-
ISBN 3-89354-616-2

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 57

Soziale Ungerechtigkeit, ein Grundübel Lateinamerikas, stellt die Politik heute mehr denn je vor gewaltige Herausforderungen. Der Band zeigt die vielfältigen Erscheinungsformen und Facetten des Problems auf. Lateinamerika-Experten aus dem In- und Ausland setzen sich mit Begriffen und Sichtweisen sozialer Ungerechtigkeit auseinander und untersuchen deren strukturelle Ursachen und Folgen für Politik wie Gesellschaft. Sozialstruktur, Beschäftigungsverhältnisse und die Spezifika der Gender-Situation werden ebenso in den Blick genommen wie die Auswirkungen auf die demokratischen Regime und auf die Partizipations- und Selbsthilfemöglichkeiten der Zivilgesellschaft. Auch die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungerechtigkeit, politischer Gewalt und Menschenrechten werden beleuchtet. Die Autoren des Bandes prüfen, wie die Sozialpolitiken in der Region ausgerichtet sind. Sie nehmen die Politik in die Pflicht, soziale Ungerechtigkeiten abzubauen und zeigen Handlungsperspektiven für sozial Benachteiligte auf, ihre Rechte und Interessen einzufordern.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ditta Kloth

Bezugsbedingungen: €61,59 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: publications@public.uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>